

Saale-Beitung.

Zweihunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltweite oder deren Raum mit 20 Bl., jeder aus 24 Zeilen mit 18 Sp. berechnet und in der Spaltenbreite, wenn in deren Einschneidung und allen Anzeigen-Exemplaren angenommen. Bestanden die Zeile 60 Bl. Gehalt wird nicht postalisch; Sonntage und Feiertage einmal, sonst postalisch täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis

Der Saale-Beitung 2/50 M., das monatliche Bestellen 2/50 M., das halbjährliche 1/20 M., das vierteljährliche 1/20 M., das monatliche 1/20 M., ohne Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 5282 des amtlichen Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Oswald Schulz in Halle.

[Korrespondenz-Verbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc. (Königsb.-Nr. 170.)]

Nr. 242.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 26. Mai

1898.

Reinmodische Staatsretter.

Was bei der Besetzung im Hause des Finanzministers v. Mügel am 18. März herangekommen ist, wird der Öffentlichkeit noch vorerhalten. Noch ist der Weg zur Kräftigung des Mittelstandes gegenüber den Großbetrieben und namentlich gegenüber den Baarenhäusern und Baaren ein unüberwindliches Geheimnis, so rätselhaft wie das verschleierte Bild zu Ende. Aber einen Erfolg hat der neue Bund der Handel- und Gewerbetreibenden offenbar gehabt, sein Vorgesandener nämlich ist zur Konferenz zugezogen worden, hat am Tisch der Exzellenz sitzen können und seinen Namen in allen Zeitungen gesehen; Herr Kommerzienrat Hugo Eißner dünkt sich heute einen berühmten Mann. Zwar ist er von dem größten Theile der Berliner Presse verachtet worden, zwar ist der Nachweis erbracht worden, daß der größte Theil der schönen Vorschläge des Herrn Eißner zur Rettung des Mittelstandes nach Lage der Verhältnisse einfach unausführbar ist; auch hat es einige Heiterkeit erzeugt, daß ein Mann sich an die Spitze des Kampfes gegen die Großbetriebe stellt, der noch vor wenigen Jahren selbst Inhaber des größten dieser Großbetriebe in Berlin war, nämlich des Kaiserzuges, freilich zu einer Zeit, wo er sein mittelstandsfremdliches Herz noch nicht erlährt hatte.

Ueber die Frage der Großbetriebe und Baarenhäuser haben sich schon einige Leute den Kopf gebrochen, als Herr Eißner noch Inhaber des Kaiserzuges war; aber sie haben dieses Problem etwas enger aufgefaßt und gewirkt als der neueste Retter des Mittelstandes. Auch Herr v. Mügel hat sich mit diesen Fragen angelegentlich beschäftigt und noch am 19. April veröffentlicht: Wo man hinsteht, steht man auf schwieriger Bahn. Der preussische Finanzminister ist natürlich, wo eine Steuervermehrung eintreten kann, keineswegs der Geist, der ferns entfernt. Im Gegenteil, eine nach oben progressive Steuer wird auch schon bei den Verhältnissen vom 19. April kaum ein Zweck; nur noch Herr v. Mügel sieht hierin ein Mittel der Frage, ob mit einer solchen Steuer auch wirklich ein nennenswerther Erfolg zu Gunsten des Mittelstandes erreicht werden könne. Wo man in einzelnen Staaten die Probe an das Gempele gemacht hat, ist sie negativ ausgefallen. Man kann Umfassendere einführen, man kann die Steuererhöhung erheblich nach oben steigern, man kann sogar Sondersteuern einführen, wie es bei den Experimenten in Frankreich richtig geschehen ist, aber man verheißt damit nicht im mindesten die Lage der mittleren und kleineren Gewerbetreibenden. Ja, es kann fraglich sein, ob diese kleineren Gewerbetreibenden die Maßregeln der großen geradezu geschädigt werden; deshalb warnte auch Herr v. Mügel im preussischen Abgeordnetenhaus vor Ueberfischung und sagte etwas zweifelnd, er würde sich sehr freuen, wenn eine Kommission von sachverständigen Männern „uns mehr Beispiet gibt, als wir selbst nach den bisherigen Studien in dieser Frage uns haben erwerben können.“ Er meinte, man thue den kleineren Kaufleuten keinen Gefallen, wenn man Maßregeln trifft, die ihnen wirklich nicht helfen, auf anderen Seiten aber große Wüststimmung hervorruft.

Die Frage der Baarenhäuser und Großbetriebe ist überhaupt von der Frage des Wettbewerbs zwischen den kleineren und großen Betrieben auf anderen Erwerbsgebieten gar nicht zu trennen. Allenfalls zeigt sich die Entwicklung des Großbetriebes in weiten Umfange, ohne daß ein erster Beobachter des Wirtschaftens sich dem Wahne hingeben könnte, diese Entwicklung durch Steuern hemmen zu können. Im Gegenteil erwidert man den Großbetrieben durch erhöhte Steuern die Erstlinge, so werden sie gezwungen, um so schärfer die Konkurrenz zu betreiben, ihren Kundkreis auszuweiten, kleinere Geschäfte durch Preisunterbietungen zu Grunde zu richten und damit die Mißbräuche an Steuern wieder einzubringen.

Diese Seite der Frage sollte nicht übersehen werden. Es ist sehr wohlfeil, den Wohlhabenden des Mittelstandes zu schmeicheln, um ihre Gunst zu kaufen und sich als Volksfreund aufzuspielen, aber es ist viel schärfer, seine Hoffnungen zu erwecken, die nicht in Erfüllung gehen können. In Frankreich hat man Experimente gemacht, dort hat man besondere Steuern für die großen Magazine erunden und diese Steuern wiederholt gesteigert, so daß sie nach dem neuesten Gesetz bei dem von Norddeutscher Lloyd über zwei Millionen Mark jährlich betragen sollen. Aber was wird damit erreicht? Der von Norddeutscher Lloyd mit einer Million Francs jährlich, um die Mehrsteuer einzubringen, wird er sicherlich verlieren, in kürzester Frist seinen Umsatz auf eine Viertel Milliarde zu steigern. Ist also mit der erhöhten Steuer den kleineren und mittleren Geschäften geholfen? Sicherlich nicht. Selbst der ironische „Reichsbote“ sagt ganz treffend, daß diese Steuer die Geschäfte nur antreibt, durch ihre weitere Ausdehnung die Steuer einzubringen und dadurch den Zweck des Vorgehens gegen sie illusorisch zu machen. Statt kleinen Geschäften Lust zu schaffen, werden sie von den vergrößerten Baaren erst recht und um so niedrigerer vernichtet. Wenn man, daß das Geschäft von Rudolf Herzog in Berlin etwa eine Einkommenssteigerung erleiden wird, wenn es hunderttausend Mark mehr als bisher Gewerbesteuer bezahlet müßte? Im Gegenteil, die Firma würde alsdann neben diesen hunderttausend Mark für Steuern noch vierhunderttausend Mark mehr als bisher für Zinsesteuern ausgeben und ihren Umsatz um Millionen steigern, so daß noch viel mehr Geschäfte als heute infolge dieser angeleglichen Kampfes gegen die Großbetriebe zu Grunde hätten.

Mit Recht hat auch Herr v. Mügel darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die Großbetriebe eine andere, den kleineren und mittleren Gewerbetreibenden nachtheilige Wirkung haben könnte, nämlich, wenn etwa eine Steuer auf den Raum eingeführt wird, einfach das Verkaufsgebiet zu steigern. Die

Formen, die der Großbetrieb, wenn er vorweg belastet würde, ausfindig machen könnte, um diese Kosten leicht zu ertragen, sind überhaupt nicht abzusehen. Man wird daher schwerlich, wenn man den Dingen nachdenkt und endlich ins Gedächtnis rief, von der Ausdehnung der Steuererhebung eine Wirkung zu Gunsten der kleineren und mittleren Betriebe erwarten. Daneben kommen allerdings noch andere Fragen in Betracht, nämlich die nach dem Interesse der Konsumenten. Es giebt sehr große Kaufvereine, die fast nur Handwerker und Arbeiter als Mitglieder zählen. In riesenhaften Umfange bestehen solche Kaufvereine in England bei den Gewerbetreibenden. Diese Vereinigungen der Schwächeren haben durch die Zusammenfassung ihrer kleineren Kräfte eine solche Macht, daß sie den größten Baarenhäusern des Großhandels nicht ebenbürtig sind. Kann man diese Vereinigungen als übermächtig ansehen? Gerade ein Theil des Mittelstandes zieht von ihnen wesentlich Nutzen. Wo der Staat die großen Baarenhäuser der Disziplin und Beamtentätigkeit bezieht, legt sicherlich Grund vor, dagegen einzutreten. Aber unterdrücken kann der Staat auch diese Institute nicht, auch nicht durch progressive Gewerbesteuer, denn es läßt sich nicht leugnen, daß der Beamte und Offizier, zumal wenn er kein Privatvermögen hat, die Besteuerung behalten muß, so billig einzukaufen wie er überhaupt vermag. Ferner entsteht die Frage, ob nicht die Steuererhöhung von den Großbetrieben und Baarenhäusern unter Umständen durch einen besonderen Druck einerseits auf die Konsumenten und andererseits auf die Unternehmern ausgeübt würde. Was geschieht wohl, wenn der Chef eines Hauses wie Rudolf Herzog seine Angestellten zusammenberufe und ihnen erklärte, er müsse die ihm auferlegte Mehrsteuer, um bestehen zu können, auf die Angestellten abwälzen und ihnen 10 Prozent von ihren Gehältern und Löhnen fernhalten abziehen? Wer fand gewiß, daß sich die Angestellten wohl oder übel diesen Abzug gefallen lassen würden. Hätte man aber damit dem Mittelstand gedient, daß man solche Wirkungen heraufbeschwörte?

Es liegen also hier noch einige Schwierigkeiten mehr, als Herr Kommerzienrat Eißner, der frühere Besitzer des Kaiserzuges, zu ahnen scheint; allein Herr Eißner ist ein großer Politiker vor dem Herrn. Er hat alsbald den Stab über die Parteien gebrochen, die nicht nach dem Wegsteigen, die er bereit hat, alle Uebel des Mittelstandes kurieren wollen. Ein Herr Oberinspizor, der Sojus des Herrn Eißner in dem neuen Bund der Handel- und Gewerbetreibenden, hat die Wähler aufgefordert, ohne Rücksicht auf die Parteistellung, nur für Freunde des Mittelstandes zu stimmen; und Herr Eißner sagt, ohne mit der Wimper zu zucken: „Der kleine und mittlere Gewerbetreibende wird und muß seine Nachbarn mitnehmen, wo er solche findet.“ Also soll und muß und wird sich ein überalter Mann auch zur Wahl eines Antikantens verstehen, wenn der nur den Mund zu voll nimmt wie Herr Eißner, und daß immer der Mittelstandes anständig. Der verachtete Staatsretter, die solche Lehren predigen, hat der Mittelstand allen Anlaß, sich in acht zu nehmen. Nur zu oft ist die blödsinnige Selbstverliebtheit nichts als die Frucht verletzter Eitelkeit. Wäre Herr Hugo Eißner nicht im Verein Berliner Kaufleute und im Centralverband kaufmännischer und gewerblicher Vereine Berlins thätig gewesen, vermuthlich hätte er dann niemals den Entschluß gefaßt, den Bund der Handel- und Gewerbetreibenden zu gründen und Respte zur Rettung der Noth des Mittelstandes zu schreiben.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 25. Mai. Als Tag der Ankunft des Kaiserpaars mit den jüngeren Prinzen in Wladiwostok bei Kassei wird jetzt der 6. Juni angegeben.

Der „Nat.-Ztg.“ zufolge findet auf Befehl des Kaisers anlässlich des Jubiläum der Berliner Schuhmanufaktur am 18. Juni ein großer feierlicher Gottesdienst auf dem Schlosshofe statt, mit heilen Abhaltung der Schuhmanufaktur Gewerkschaften. Der Kaiser wird mit der königlichen Familie dem Gottesdienste beiwohnen.

Der Herzog und die Herzogin von Koburg-Gotha haben den letzten Monat im Schloß Coburg gewohnt. Der Herzog befindet sich durchwegs noch nicht wohl und hat seinen beschließigen Reichs Englands angeschlossen. Nächste Woche geht er zum Kurort nach Altingen. Nach Beendigung der Kur wird er sich entweder nach dem Jagdschloß Oberhof in Thüringen oder nach seinem Gute Sinter-Nies in Throl begeben. Die Herzogin von Koburg wird mit ihrer jüngsten Tochter, der Prinzessin Beatrice, wahrscheinlich in vierzig Tagen, begleitet vom Großherzog und der Großherzogin, nach Berlin, die Reich nach England antreten und einen Monat im Clarence-Palace (der Londoner Stadtwohnung des Herzogs) zubringen.

Nach eine Rede des Prinzen Ludwig von Bayern.

Prinz Ludwig von Bayern hat in Rosenheim nochmals eine Rede gehalten und zwar während des Festmahls der Landesversammlung des Bayerischen landwirtschaftlichen Vereins. Aus dieser Rede, die ebenfalls eines Weiges nicht ermangelt, seien nachstehende Punkte hervorgehoben:

Herr v. Germal hat mein Lob als Landwirt gelungen. Ja, meine Herren, daß ich selber Landwirt bin und die Landwirtschaft seit mehr als zwanzig Jahren persönlich erübt, wissen Sie ja, daß ich aber nicht ausschließlich Landwirt bin und ebenso die Interessen anderer Erwerbszweige, wissen Sie auch. Es ist eine ganz falsche Ansicht, einen Stand, wenn ich so sagen darf, gegen den anderen auszuheben und so sagen: der eine gedeiht dann, wenn der andere Noth leidet, und umgekehrt. Man kann so in Wirklichkeit nicht mehr sagen, daß ein geschlossener Stand bestehe, sondern es geht eher in den andern über, und von Ihnen besteht, die Sie ausübende Landwirthe sind, wird es wenige geben, die nicht nebenbei ein Gewerbe oder

Industrie treiben. Diejenigen, die ausschließlich Landwirthschaft treiben und die nicht nebenbei — bei den Kleinen geschieht dies durch persönliche Arbeit, durch Tagelohn u. s. w. — sich Erwerb verschaffen, denen geht es bekanntermaßen nicht sehr gut. Aber es ist ja nicht notwendig, daß einer ausschließlich Landwirthschaft treibt, es kann jeder nebenbei noch etwas anderes thun, und wenn er es als einziger Beruf nicht kann, kann er es im Verein mit Nothdauern, in der viel besprochenen Form — es ist das ja nicht die einzige, es giebt ja noch andere Formen der Genossenschaft, sehen Sie um sich, Rosenheim ist eine Stadt, aber es ist eine Stadt, die nicht als Stadt genossen ist, sondern als ein großes Bauerndorf, und dieser Charakter müge Rosenheim vorbehalten bleiben, als einer Stadt, wo keine jeder zugleich Bürger und Bauer ist und dieses Problem der Landwirtschaft in mehrere Stände glücklich gelöst ist. Rosenheim lebe hoch!

Herr Krupp und die Politik der Sammlung. Es ist ein Vorwissen, sagte Herr Krupp, da unterschrieb er sämtliche agrarische Forderungen des Rheinischen Bauernvereins, der sich vom Bunde der Landwirthe nur dadurch unterscheidet, daß er den Antrag Krupp, d. h. die Verstaatlichung des Handels mit ausländischen Getreide durch das Brommepel erlegt. Herr Krupp hat bekanntlich auch den Antrag zur wirtschaftlichen Sammlung unterschrieben, und sein Geschäftsführer, Herr Finanzrat Jense, hat in der letzten Delegirtenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller erklärt: „Ungünstige Forderungen seien von der Landwirtschaft nicht ange stellt, die Landwirtschaft sei völlig loyal verfahren; der Antrag Krupp könne als gegenstandslos, weil vollständig ausfindiglos, betrachtet werden — und was den Dualismus betreffe, so solle derselbe ausdrücklich aus der Wahlbewegung ausgeschlossen werden.“ Das fundert aber weder den Bund der Landwirthe noch den Rheinischen Bauernverein, die handhaben auf diese Forderungen zu verzichten. Nachdem Herr Krupp selbst diese Forderungen unterschrieben hat, wird der Vorwitz, daß seitens der Industrie den unpolitischen Forderungen der Landwirtschaft zu weit gehendes Entgegenkommen gezeigt ist, nicht mehr zurückgewiesen werden können. Der Industrieller Krupp u. Gen. wird allerdings die Verstaatlichung mit der Landwirtschaft bei der Reamifikation des Zolltarifs nicht schwer werden. Sie werden den Agrarier die Erhöhung der Zölle für landwirthschaftliche Produkte zugesichert und jede Gegenleistung — aber natürlich bedeviet auf Kosten der Verbraucher — erlangen, deren sie zu bedürfen glauben. Die Frage wird schließlich nur sein, ob die Wähler damit einverstanden sind, daß ihnen nicht nur die Arbeitsmittel, sondern auch das tägliche Brot vertheuert werden.

Beerdigung und Kirchspiele.

Ueber eine Erneuerung bei der Einziehung von Telegraphengebühren für den Fernverkehr wird aus Berlin geschrieben: Woher sind den Fernsprechnehmern über die nach außerhalb gerichtete Gespräche nach dem Schlusse jeden Monats seitens der Telephonverwaltung Rednungen zugegangen, in denen die einzelnen Gebühre nicht den dafür angelegten Gebühren kurz eingetragen waren. Man sieht jetzt beifüg Beerdigung etwaiger Irrthümer die Gespräche im Fernverkehr auf Grund von Anmeldebüchern aus, auf denen alle näheren, sich auf die Gespräche beziehenden Umstände verzeichnet werden. Diese Anmeldebücher werden dann im Original dem betreffenden Fernsprecher ausgehändigt, so daß dieser sich an die Hand beziehen über die Vorgänge dabei sofort genau orientiren kann. Mit den Anmeldebüchern sind gleichzeitig die Gebühren ausgerechnet, damit bei der erleichterten Prüfung der Rechnung von den Fernsprechnehmern ohne weiteren Aufschub bezügeln werden kann.

Am 25. und 26. Mal v. J. wurde der Reichstagsabgeordnete Konstantin Gindl Vorsteher aus Berlin, geb. 1859, in zwei öffentlichen Volksversammlungen in Magdeburg und soll sich in den Reden der Majoritätsabteilung, der Vertheidigung des Reichskanzlers und des Staatsministersmüthig kundgegeben haben. Die Verhandlung fand gestern unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der Reichsbischof erklärte auf jech Monate Gefangnis und Publikationsverbot im „Reichsanzeiger“ der „Magdeburger Zeitung“ und der „Volksstimme.“

Eine nicht ganz unwillkürliche Entscheidung ist vom bayerischen Oberlandesgericht dahin gefaßt worden, daß das Verbot von Wahlen als eine gegen das Wahlgesetz verstoßende Verfassungswidrigkeit angesehen ist. Der Fernnach bezug eine Einziehung des Wahlzins insofern, als die Beschaffenheit der Wahl besser erweisen soll, als es in Wirklichkeit der Fall ist.

Wahlbewegung.

Von den Vertrauensmännern der freiwilligen Volkspartei ist Herr Ewald H. H. H. in Berlin als Kandidat für die bevorstehende Reichstagswahl im Wahlkreis 24 in Berlin benannt worden. Herr H. H. H. hat bereits während der beiden vorigen Wahlkampfen dort um das Mandat kandidirt.

Die greizer Schloßgemeinde kann bei der Reichstagswahl nicht mitwählen! Die Schloßgemeinde in Greiz bildet innerhalb der Stadt ein eigenes Gemeinwesen, wogit bei der Reichstagswahl nicht mit einem hildlichen Bezirk. Es war nun durch Anschlag bekannt gemacht, daß die Schloßgemeinde beim Gemeindevorstand der Stadt Greiz auszuscheiden, wogit jedoch nicht der Fall, da beide, wie die „Greizer Ztg.“ schreibt, gar keine Wahlen über die Angehörigen der Schloßgemeinde hat und ihm trotz der Reichstagswahl auch nicht zugegangen waren. Da nun die Auslegung des Wsten von hildlichen den 18. v. M. an hildlich gesehen wurden, so findet die Uebernahme der Schloßgemeinere Wohnort, hildlich annehmlich, wogit die Regierungspresident, Kommerzienrath u. s. w. bei der Reichstagswahl nicht in der Lage, ihre Stimmen abgeben zu können.

Parteinachrichten.

In einer Contumax-Wählerversammlung des Reichstages... Der Charakteristik der Sozialdemokratie... 1. Der 'Vorwärts', das Centralorgan der sozialdemokratischen Partei...

Beer und Flotte.

Neber bevorstehende Veränderungen in den höheren Stellen der Arme... 1. Die Besatzung eines... 2. Die Besatzung eines... 3. Die Besatzung eines...

Spanien.

Der Marquis von Cabrinana stellt in dem Cortes einen Antrag dahin, daß die Staatsrenten auf ein Viertel ihrer Zahl beschränkt werden...

Frankreich.

Die Direction einer Generalversammlung auf den 3. Juni einberufen, um zu beraten, ob der Bergwerksbetrieb fortgesetzt oder eingestellt werden soll.

Provinzialnachrichten.

Die Schwiegermutter des Abgeordneten Meining, die Lehrerinne Carell, starb heute nachmittags von einem hohen Fieberanfall und verfiel auf der Stelle... (Zweiter Artikel) Am 24. Mai...

Andersarbeit in London.

Ein letzte Woche erschienenen Büchlein von Hyant Lind: 'The Cry of the Children'... Die Arbeit in London... Die Arbeit in London...

erhält die Arbeiterin 1/4 d (14 - 8) Pf. das Duzend. Mehr als 1/4 die Stunde fast nie gegeben... Der Lohn für das Seiden verknüpft werden...

Oesterreich-Ungarn.

Aus Prag traf die von Eingeweihten schon seit einiger Zeit erwartete, inmerhin wie eine große Ueberraschung wirkende Nachricht ein, daß der Landmarkschalretreter von Böhmern, Julius Lippert, sämtliche Wägen niedergelegt und aus dem politischen Leben scheidet...

Italien.

Der Brief des Papstes an den Cardinal Ferrari macht in Regierungskreisen mißbilligende Aufregung... Der Don Cichetto erklärt darin einen neuen Benevol, daß das Papsttum die Dignität und Würde Italiens bekräftigt behauptet...

Spanien.

Der Marquis von Cabrinana stellt in dem Cortes einen Antrag dahin, daß die Staatsrenten auf ein Viertel ihrer Zahl beschränkt werden...

Frankreich.

Die Direction einer Generalversammlung auf den 3. Juni einberufen, um zu beraten, ob der Bergwerksbetrieb fortgesetzt oder eingestellt werden soll.

Provinzialnachrichten.

Die Schwiegermutter des Abgeordneten Meining, die Lehrerinne Carell, starb heute nachmittags von einem hohen Fieberanfall und verfiel auf der Stelle... (Zweiter Artikel) Am 24. Mai...

5. Hofbau, 25. Mai. [Erweiterung des bahnhöfischen Terrains.] Heute waren vier Herren von der Eisenbahn-Direktion...

2. Aus dem königlichen Hofbau, 25. Mai. [Tod in den Wäldern - Brandstiftung.] In der Saugengrube ertrunken... Heute vormittag 1/212 Uhr ertrankte sich in Wäldern...

3. Hofbau, 25. Mai. [Erweiterung des bahnhöfischen Terrains.] Heute waren vier Herren von der Eisenbahn-Direktion... Die Erweiterung des Terrains...

8. Leipzig, 25. Mai. [Neue Kirchen - Selbstmord.] In der heutigen Hauptversammlung des Leipziger Kirchenvereins wurde mitgeteilt, daß in der nächsten Zeit mit dem Bau zweier neuer Kirchen...

Bermischtes.

Die Entwurfe für eine Sechsstundenbahn, die in der Amtsverordnungsstelle in Berlin ihren Sitz gefunden haben, sind von uns gestern bereits besprochen worden...



Bildseite.



Bildseite.

„Im Auge durch die Welt.“ Ein netter Prosej kommt von H. bis H. vor dem Schmeichler des Berliner Landgerichts zur Verhandlung... Die Anklage richtet sich gegen den Beringsbürgermeister Wilhelm Fritsch...



